Neues Wiener Tagblatt
30./V. 1915

Die Approvisionierung im Kriege.

Sitzung der handelspolitischen Kommission.

In einer der letzten Sitzungen der Approvisionierungssektion der handelspolitischen Kommission hatte die Kriegskommission für Konsumenteninteressen durch den Regierungsrat Fritz einen Antrag auf Schaffung von Beratungsstellen für Konsumenten eingebracht. Diese Stellen hätten den Zweck, auf besonders günstige Einkaufsgelegenheiten von Lebensmitteln aufmerksam zu machen, für die Popularisierung weniger bekannter Lebensmittel zu sorgen, ferner Auskünfte und Ratschläge an die Hausfrauen zu erteilen. Ein zur Vorberatung eingesetztes engeres Komitee hatte ein Referat ausgearbeitet, und gestern lagen folgende Anträge der Sektion vor:

1. Die von den städtischen Marktorganen bereits besorgte Information der Allgemeinheit über Approvisionierungsfragen soll weiter ausgestaltet werden, insbesondere sollen die Marktberichte nicht nur Angaben über Preise, sondern auch über die Mengen enthalten; weiter sollen diese Berichte an mehreren Stellen als bisher publiziert werden usw.

2. Das Publikum ist auf die informatorische Tätigkeit des Marktamtes in geeigneter Weise aufmerksam zu machen, damit hievon in größerem Umfang als bisher Gebrauch gemacht werden kann.

3. Die Information der Allgemeinheit über hauswirtschaftliche Fragen und die individuelle Beratung und Aufklärung der Hausfrauen soll durch die bestehenden Frauen- und Konsumentenorganisationen besorgt werden. (Zu diesem Punkt sprach das Komitee den Wunsch aus, daß die genannten Organisationen bei Erfüllung dieser Aufgaben von den städtischen Marktorganen und den andern offiziellen Stellen nach Tunlichkeit entsprechend gefördert und unterstützt werden können.)

Die beiden ersten Punkte fanden die Zustimmung der Sektion, der dritte Punkt wurde jedoch abgelehnt, da von mehreren Rednern und auch vom Vorsitzenden Vizebürgermeister Hoß geltend gemacht wurde, daß der Punkt nicht in die Kompetenz der handelspolitischen Kommission falle; die Frauenorganisationen könnten jedoch überzeugt sein, daß sie bei Anfragen von den Marktorganen das weitestgehende Entgegenkommen finden werden.

Kammersekretär Dr. Ziegler erstattete sodann ein eingehendes Referat über die Fürsorge für die neue Ernte und besprach die zu treffenden Maßnahmen, um die Einbringung der neuen Ernte zu sichern und um die richtige Verteilung der zu erntenden Brotfrüchte zu gewährleisten. In erster Beziehung trat er für die Gewährung eines Kredits an die Landwirte, für die Aussetzung von Prämien für die rechtzeitige Ernte und den rechtzeitigen Drusch und für eine eventuelle künstliche Trocknung der noch feucht gedroschenen Getreidemengen ein. Hinsichtlich der Verteilung der künftigen Ernte forderte er eine Aufnahme des zu erhoffenden Ertrages einerseits und des Bedarfes an Brotgetreide anderseits. Er stellte schließlich die Schaffung eines Getreidemonopols zur Diskussion.

Vizebürgermeister Hoß gibt seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß heute nur eine Generaldebatte über die vorliegende Frage abgeführt werden solle. Zur nächsten Sitzung mögen Experten, darunter auch einfache tüchtige Bauern und Landwirte, eingeladen werden.

Kommerzialrat Taussig wünscht die Aufnahme der Forderung, daß, wenn schon das Getreidemonopol eingeführt werde, es nicht über den Krieg oder eine gewisse Zeit nach dessen Beendigung hinaus weiter in Kraft bleibt, und daß ferner auch bei Einführung des Getreidemonopols der legitime Handel nicht ausgeschaltet werde.

Einen äußerst interessanten Vortrag hielt Kammerrat Mendl. Auf Grund der Statistik wies er nach, daß bei einer Zugrundelegung der Durchschnittsernte der letzten acht Jahre und bei einer Annahme von 30 Dekagramm Mehl pro Kopf der Bevölkerung täglich (gegen 20 Dekagramm jetzt) Zisleithanien allein seinen Bedarf fast gänzlich allein decken könne. Im ungünstigsten Falle müßten 25 Prozent Surrogatmehl dem Edelmehl zugesetzt werden. Es sei aber notwendig, daß den Bauern die Verfütterung von Getreide verboten werde. Der Redner besprach sodann die Frage, ob es sich empfehle, daß die Regierung durch Maßnahmen in die künftige Getreideversorgung eingreife. In eingehender Weise besprach er das Getreidemonopol und die Requisitionen, die Forderung der Abstufung der Höchstpreise nach unten im Laufe der fortschreitenden Zeit, das Verbot der Aufstapelung von Getreide außer in Lagerhäusern und Mühlen, die Kreditverhältnisse, die eventuelle Verlängerung der Aufhebung der Getreidezölle und das Kontingent, welches von Ungarn zu verlangen wäre.

Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, beschloß die Versammlung, das Bureau der handelspolitischen Kommission zu ersuchen, die in der Sitzung vorgebrachten Anregungen und Vorschläge zusammenzufassen und den Sektionsmitgliedern zuzusenden.

In der nächsten Sitzung wird auf Grund dieser Vorschläge sowie nach Anhörung der Experten die Debatte fortgesetzt werden.